

Zürcher Oberländer

29.10.2010

Pfäffikon Vier Regierungsräte zogen vor dem Kongress des Zürcher Gewerbeverbands Bilanz

Kägi: «Zürich tritt energisch auf»



Thomas Heiniger, Markus Kägi, Gesprächsleiter Thomas Ribl, Ursula Gut und Ernst Stocker (von links) auf der Bühne des Mettlen-Saals in Pfäffikon. (im)

Zürich geht es mit der bürgerlichen Regierung gut, sind die vier bürgerlichen Regierungsräte überzeugt. Der Kanton trete beim Bund und den übrigen Kantonen wenn nötig energisch auf.

Anna E. Guhl

Hans Hollenstein war nicht eingeladen. Man habe über die bürgerliche Regierungstätigkeit seit 2007 Bilanz ziehen wollen, meinte Gewerbeverbands-Direktor Martin Arnold am Rand des Gewerkekongresses in Pfäffikon, im Gespräch. Es interessiere die Gewerbler, was aus dem Wahlticket «Vier gewinnt» geworden sei, das vor vier Jahren funktioniert habe. Vor den letzten Gesamterneuerungswahlen hatte der Kantonale Gewerbeverband Zürich den CVP-Regierungsrat aus Winterthur nicht unter-

stützt. Ob diesmal eine Unterstützung zustande kommt, steht nach Arnold noch nicht fest. Es komme unter anderem darauf an, ob Hollenstein die Unterstützung des Gewerbes überhaupt wolle.

Also diskutierten unter der Leitung von NZZ-Redaktor Thomas Ribl gestern Donnerstagnachmittag in der neuen Mettlen-Halle nur die vier Regierungsräte, die auf dem Viererticket gewählt worden waren: Finanzdirektorin Ursula Gut-Winterberger (FDP), Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP), Baudirektor Markus Kägi (SVP) und Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP). Die Gewerbler wünschen sich, dass die Wahlen vom 3. April nächsten Jahres eine bürgerliche Mehrheit sowohl im Kantonsrat wie im Regierungsrat ergeben, dass also diese vier Magistraten wieder gewählt werden.

Wahlziel Sanierung Staatshaushalt

Ein Wahlziel war 2007 die Sanierung des Staatshaushalts, rief Ribl in Erinne-

rung. Was ist daraus geworden? Das Sanierungsprogramm 10 sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung, sagte Gut. Weiter komme 2011 eine Steuervorlage vors Volk, die vielen Bevölkerungsschichten erhebliche Entlastungen bringe.

Trotzdem müssten mit dem Sanierungsprogramm 1,4 Milliarden Franken eingespart werden – ob wir denn über unsere Verhältnisse leben, wollte Ribl wissen. «Ja, aber daran ist nicht nur der Regierungsrat schuld», verteidigte sich Stocker. Insgesamt gehe es dem Kanton Zürich hervorragend. Dank der bürgerlichen Politik sei man auf Vor-Finanzkrisen-Niveau. Hier spendete das Publikum Applaus. Gut räumte immerhin ein, dass die kleinen und mittleren Unternehmen das Geld wettmachen müssen, das von den Grossbanken in der Kasse fehle, weil diese weiterhin keine Steuern zahlen (können). Das sei auch für eine bürgerliche Regierung nicht ideal.

«Leisten wir uns im Gesundheits-

wesen zu viel?», fragte Ribí weiter. Die Anspruchshaltung sei hoch, meinte Heiniger, und der Kanton müsse im Wettbewerb besser dastehen als die Nachbarn im In- und Ausland. Immerhin seien die Krankenkassenprämien im Kanton Zürich unterdurchschnittlich.

Ist es bei den wachsenden Ansprüchen an den Verkehr und seine Infrastruktur überhaupt möglich, die Abgaben zu senken? Immerhin habe man die Westumfahrung Zürichs eröffnet und die Mini-Autobahn von Andelfingen nach Schaffhausen, so Kägi. Noch fehle die Oberlandautobahn.

Es gebe auch noch Bahnprojekte, warf Ribí ein. Und hier müsste der Kanton beim Bund Druck machen. Ob er nicht allzu häufig als Bittsteller auftrete? Die Stimme Zürichs werde gehört, zeigte sich Stocker zuversichtlich, und die Metropolitankonferenz sei der Ort, um Verbündete zu suchen. Schliesslich

seien Infrastrukturbauten wie die Durchmesserlinie unter dem Zürcher Hauptbahnhof für alle gut.

Hier hat allerdings die ehemalige Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer einen Baustopp durch den Bund verhindert, indem sie eine Vorfinanzierung durch den Kanton Zürich erreichte. Der Beschluss habe ihr Mühe gemacht, meinte Gut, sie habe schliesslich zähneknirschend zugestimmt.

Auch Kägi glaubt, der Kanton Zürich trete energisch auf. Allerdings ärgert er sich über Nachbarkantone, die sich über Fluglärm beschwerten, aber mit einer Fahrzeit von 20 Minuten zum Flughafen für sich als Standort werben. Und auch mit den Zürcher Nationalräten ist Kägi nicht zufrieden. Manche würden gelegentlich gegen die Interessen des Kantons stimmen.

Ärgernis Eigenmietwert

«Auch wir müssen uns an die Gesetze halten», gab Gut zu bedenken, als ein Gewerbler sich ungehalten zeigte über den Eigenmietwert, der für sein Haus errechnet worden war. Die Bandbreite liege zwischen dem Steuergesetz und der Praxis des Bundesgerichts, so Gut. Die Regierungsrätin bat aber darum, ihr die beanstandeten Fälle zu bringen. Man werde sie überprüfen.

«Ich höre seit 30 Jahren immer das Gleiche», schimpfte ein ehemaliger Kantonsrat mit Blick auf die Gebühren. Eine Reduktion sei nötig. «Wie viel Senkung machen Sie in den nächsten Jahren?» Kägi weigerte sich, Zahlen zu nennen. Gut verwies auf das Parlament, das für die Gesetze, auch für gebührenreibende, zuständig ist, und Heiniger will weiterhin für unterdurchschnittliche Gesundheitskosten sorgen.